

Chur, den 03. Dezember 2009

Sperrfrist:
03.12.09, 11:30 Uhr

Medienmitteilung

Bündner Bevölkerung verliert durch NFA

Breite Bevölkerungsschichten sind die Verlierer der Bündner NFA: insbesondere Familien, Kinder, Bedürftige und Behinderte. Denn diese Vorlage betrifft in der Mehrzahl Aufgaben im Bildungs- und Sozialbereich. Die Qualität der Volksschule und des Sozialen würde neu von der Finanzkraft der Gemeinde abhängen. Alle relevanten Organisationen aus dem Bildungs- und Sozialbereich haben sich deshalb im Komitee ‚NEIN zur Bündner NFA‘ zusammen geschlossen, um der Bevölkerung für die Abstimmung vom 07. März 2010 ein NEIN zu empfehlen.

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden (Bündner NFA) betrifft viele staatliche Aufgaben, in der Mehrzahl jedoch Aufgaben im Bildungs- und Sozialbereich. Gemäss NFA sollen die Gemeinden in Zukunft für Aufgaben in zentralen Bereichen wie der Volksschule und dem Sozialwesen weitgehend zweckfreie Mittel zur Verfügung bekommen. Dies führt zwangsläufig zu Unterschieden in der Qualität der Leistungserbringung.

Falsche Annahme führt zu Fehlentwicklung

Das gesamte Konzept, welches der Bündner NFA zu Grunde liegt, geht von der Grundannahme aus, dass alle Bündner Gemeinden ‚leistungsstark‘ und ‚professionell geführt‘ sind. Dies steht in deutlichem Widerspruch zur Realität der heutigen Bündner Gemeindestruktur. Die Bündner Regierung hält dies selber in der Botschaft (S. 1047) fest: „Ausgangspunkt für die Bündner NFA sind folgende Gegebenheiten: ungünstige Gemeindestrukturen mit sehr unterschiedlich grossen Gemeinden und einer Vielzahl von Kleinstgemeinden.“ Die Bündner NFA orientiert sich also nicht an den realen Gegebenheiten, sondern an einem Idealbild, von dem Graubünden derzeit mit seinen 186 Gemeinden weit entfernt ist. Noch immer haben rund drei Viertel der Bündner Gemeinden weniger als 1'000 Einwohner/innen.

Dieser Fehler in der Grundannahme wirkt sich für die gesamte Vorlage fatal aus. Den Gemeinden werden Aufgaben zugeschoben, denen sie in der Realität nicht gewachsen sind. Folge davon werden zwangsläufig je nach Finanzkraft einer Gemeinde eine unterschiedliche Qualität im Bildungs- und Sozialbereich sein. Mittelfristig bewirkt die NFA auch eine Vielzahl neuer Gemeinde- und Zweckverbände. Davon hat Graubünden jedoch bereits heute mehr als 400. Die Bündner NFA bewirkt eine weitere Verzettelung der Bündner Strukturen, statt dass sie diese vereinfachen würde.

Auswirkungen betreffen die gesamte Bevölkerung: Graubünden verliert!

Die Volksschule und Leistungen wie die Sozialberatung, die Mutterschaftsbeiträge oder auch die familienergänzende Kinderbetreuung im Sozialbereich würden als Erste unter dieser Fehlentwicklung leiden. Wichtige Pfeiler der Gesellschaft, die direkt die Chancengleichheit sicherstellen und soziale Ungleichheiten mildern sollten, werden damit je nach Willen und Finanzkraft einer Gemeinde oder Region verschieden ausgestaltet. Bestehende Ungleichheiten werden damit noch verstärkt und Menschen in finanzschwachen Regionen

weiter ins Abseits gedrängt. Dies schwächt den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Graubünden und macht insbesondere die Bevölkerung zu den Verlierern.

Politik kämpft gegen Interessen der Bevölkerung

Das Komitee ‚NEIN zur Bündner NFA‘ ist breit abgestützt. Es beinhaltet alle relevanten Fach- und Behördenorganisationen sowie Berufs- und auch Betroffenenverbände der Selbsthilfe. Fachleute, Behörden, Praktiker und Betroffene sind unisono der Ansicht, dass die Auswirkungen dieses Paketes für die Bündner Bevölkerung ungeniessbar sind. Die Politik hat sich selber unter enormen Zeitdruck gesetzt und damit für Korrekturen keine Zeit gelassen. Mit einem NEIN zur Bündner NFA am 07. März 2010 kann die Bevölkerung die Politiker in die Schranken weisen und eine Verbesserung der Vorlage erzwingen.

Das Komitee ‚NEIN zur Bündner NFA‘ stellt auf der Homepage unter www.buendner-nfa.ch, www.ngf-grischuna.ch und www.npc-grigionese.ch Informationen in allen drei Kantonsprachen zur Verfügung.

Das Komitee „NEIN zur Bündner NFA“ besteht aus 19 Verbänden und Organisationen:

AvenirSocial Graubünden, **Behindertenkonferenz** Graubünden, **Bündner Logopädinnen und Logopäden BBL**, **Frauenzentrale** Graubünden, **Heilpädagogische Lehrpersonen** Graubünden HLGR, **Insieme** Graubünden, **Kindergartenlehrpersonen KGGR**, **Lehrpersonen** Graubünden LEGR, **Lehrpersonen der Sekundarstufe I** Graubünden Sek I GR, **Primarlehrpersonen** Graubünden PGR, **Pro Infirmis** Graubünden, **Procap Grischun - Bündner Behinderten Verband**, **Rhythmik Schweiz**, **Schulbehördenverband** Graubünden SBGR, **SYNA** Graubünden, **Verband Schulleiterinnen und Schulleiter** Graubünden VSLGR, **Verband der Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen** VBHHL, **Vereinigung Cerebral** Graubünden, **VPOD** Grischun.

Für weitere Auskünfte der Medien stehen zur Verfügung:

AvenirSocial Graubünden, Patrik Degiacomi, Präsident: 079 260 58 06, graubuenden@avenirsocial.ch

Frauenzentrale Graubünden, Cathrin Räber-Schleiss, Präsidentin: 081 284 80 75, graubuenden@frauenzentrale.ch

Lehrpersonen Graubünden LEGR, Fabio Cantoni, Präsident: 078 610 96 00
Jöri Schwärzel, Geschäftsführer: 079 33 48 66 1, geschaefsstelle@legr.ch

Procap Grischun – Bündner Behinderten Verband, Ilario Bondolfi, Präsident: 081 257 01 83, bondolfi@bba-advocati.ch

Schulbehördenverband Graubünden SBGR, Gabriela Aschwanden, Präsidentin: 081 633 25 08, g.aschwanden@bluewin.ch

VPOD Grischun, Thomas Hensel, Regionalsekretär: 081 284 49 06, vpod-grischun@vpod-ssp.ch